Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 51 — Olpe, Freitag, den 29. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Dr. Stresemann über Deutschlands außenpolitische Lage.

Der Rücktritt des belgischen Kabinetts

Die außenpolitische Lage

Im Reichstage gab gestern der Außenminister Dr. Stresemann einen weit angelegten Ueberblick über die deutsche Auslandspolitik. Zuerst beschäftigte sich mit den Arbeiten des Sachverständigenausschusses. Er zeichnete dabei ein Bild der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, das auf Auslandshilfe unbedingt angewiesen ist. Die dauernde Zahlung der Besatzungskosten, zu denen sich mit Rücksicht auf das jetzt schon schwer leidende besetzte Gebiet sich alle Parteien entschlossen haben, kann auf die Dauer Deutschland nicht leisten, sondern es muß alle Kraft zusammen nehmen, seine Währung zu halten. Gegen diese aber ist den letzten Tagen, wie wir von wohlinformierter Seite erfahren, jetzt auf dem Wege der Nebendevisen ein neuer Ansturm im Gange, den die Reichsbank aber parieren kann und wird. Doch auf die Dauer haben wir eine internationale Anleihe und ein Moratorium notwendig. Dabei wir diese aber bekommen, dafür ist es Voraussetzung, daß die volle Souveränität Deutschlands im besetzten Gebiete voll und ganz wiederhergestellt wird. Dazu ist eine Verständigung mit Frankreich nötig, die Stresemann stets gefördert, jedoch darf dieselbe nicht in einen Sonderfrieden mit Frankreich einmünden, da wir sonst in einen Gegensatz zu England kommen. Es ist erfreulich, daß Stresemann gegenüber gewissen Kontinentalpolitikern wie Georg Bernhard von der Vossischen Zeitung dies betont hat, ohne jedoch diesen Gedanken voll auszusprechen. Das wird in England und in der ganzen angelsächsischen Welt, auf deren Hilfe wir doch jetzt angewiesen sind, manche Sympathien auslösen. Ebenso ist es zu begrüßen, daß der Außenminister gegenüber den Illusionspolitikern der Deutschnationalen, die besonders jetzt in der Wahlbewegung wieder mit der alten Phrase auftauchen, wir sollten einseitig den Versailler Vertrag für zerrissen erklären, feststellt, daß damit keine Realpolitik getrieben werden kann. Psychologisch beschäftigt Dr. Stresemann sich dann mit der in Frankreich augenblicklich herrschenden starken Nervosität, die hauptsächlich durch die nationalradikale Bewegung in Deutschland hervorgerufen ist. Diese Aufregung ist in Frankreich und besonders in den politischen Pariser Kreisen, wie man aus der Presse sieht, wie uns aber auch aus zuverlässigen privaten Kreisen bekannt ist, ungeheuer und hat sogar Kreise ergriffen, die bisher deutschfreundlich waren. Es mag sicher viel Mache geschickter Chauvinisten dabei zu Grunde liegen, aber das beste Material für diese Deutschland sicher nicht günstige Hetze und Aufpeitschung des französischen Chauvinismus haben die deutschen Nationalradikalisten geliefert. Insbesondere der Ausfall der Wahlen in Mecklenburg und Lübeck habe die für Deutschland allmählich günstiger werdende Atmosphäre wie mit einem Blitz von aller Deutschfreundlichkeit gereinigt und das Feuer der chauvinistischen Deutschenhetze zum hellen Aufflackern gebracht, das jetzt, wie unsere Informationen deutlich zeigen, durch das Oel, in helle Flammen gebracht wird, das durch die unzähligen Meldungen von der Entwicklung der deutschen rechtsradikalen Verbände und dem Hurrapatriotismus einzelner dieser sich als Helden fühlenden Herrschaften, die täglich in der Presse, in den Salons und in Werkstatt und Büro dem Franzosen eingehämmert werden, immer neue Nahrung empfängt. Jetzt sind außenpolitische Entgleisungen einzelner gefährlicher als je. Diese Herrschaften, die sich auf ihr Nationalgefühl nicht genug tun können, sind jetzt in Wirklichkeit die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes. Sie liefern dem französischen Chauvinisten willkommene Propaganda gegen Deutschland und werfen täglich durch ihren Hurrapatriotismus außenpolitisch so viel Fensterscheiben ein, daß auch die tüchtigste Kunst erfahrener Staatsmänner dieselben nicht gleichzeitig wieder gut machen kann. Und all die Scherben, welche diese Elefanten im Porzellanladen durch Zerschlagen kostbarsten Porzellans in mühsamer Arbeit geschaffener Deutschlands günstigen Stimmungen schaffen, muß das deutsche Volk und jeder einzelne teuer bezahlen. Wenn es auch richtig ist, daß diese radikal-nationale Bewegung in Deutschland nur durch die unsägliche Quälerei und den wahnsinnigen Terror Frankreich geboren und herangezüchtet ist, so muß doch jeder, der es mit dem deutschen Volke gut meint, sorgen, daß diese Bewegung nicht noch weiter um sich greift, daß sie uns außenpolitisch nicht mehr schadet als bisher und schließlich dadurch zum Ruin des deutschen Volkes führt. Müssen wir auch diesen Chauvinismus ablehnen, so treten wir doch der Ansicht bei, daß wir einen gesunden nationalen Sinn pflegen müssen und wollen, daß wir die Folge Vergangenheit des deutschen Volkes in Ehren halten, und an unsere Zukunft glauben, daß wir unsere deutsche Ehre nicht preisgeben und deutsch bleiben auch für die Zukunft. Personalentscheidung möglich. Außerdem soll der

nung des Außenministers an das Ausland vor dem falschen Glauben in Deutschland moralische Eroberungen machen zu können, indem man das alte Deutschland in den Staub zieht, unsere volle Zustimmung. Wir sind als Deutsche noch ein zu gesundes Volk, als daß wir unser eigenes Nest beschmutzen, und unsere Ehre von Fremden angreifen lassen. DeutscheEhre ist noch längst nicht vogelfrei. Die wollen und müssen wir pflegen, die aber ist nicht identisch mit Hurrahpatriotismus. Gerade jetzt müssen wir, ohne unserem nationalen Sinn und unserer nationalen Ehre etwas zu vergeben — wir wären die letzten, die dazu aufforderten und werden jeden, der das täte, verurteilen — im wahren Interesse des Vaterlandes aber klug sein und dürfen nicht durch ein unbedachtes Wort unseren Gegnern Waffen liefern, die sie gegen uns kehren können. Wir müssen bedenken, daß das Ausland sehr hellhörig ist und daß sogar an und für sich harmlose Worte und Aeußerungen im Auslande leicht anstoßen, die noch zarten Keime von Sympathien plötzlich erfrieren lassen können und einen neuen Hagel feindlicher Stimmungsmache über uns heraufbeschwören, der dann manches Glasdach einschlägt, wofür das deutsche Volk schwer bezahlen muß. So haben die doch harmlosen Worte des Außenministers in Dresden von seiner Hoffnung auf ein starkes Heer, auf eine große Flotte und blühende Kolonien in England stark verschnupft. Und die Folgen dieses Schnupfens bei den Herren jenseits des Kanals haben wir doch mit einer Aenderung der Stellungnahme Englands in der Frage der interalliierten Militärkommission zum Nutzen Frankreichs büßen müssen. Das sollte eine Lehre für alle Kreise auch in Zukunft sein. Der Außenminister selbst hat diese Lehre schon gezogen, indem er kluger Weise nicht auf den Rücktritt des belgischen Kabinetts einging, der sicher von der größten Bedeutung ist und auf keinen Fall eine Stärkung Poincares bedeutet. Das Kabinett Theunis war am 15. Dezember 1921 gebildet worden, am 29. Juni 1923 wurde es neu formiert. „Es kommt der Wahrheit sehr nahe, daß der Sturz des Franken Theunis umgebracht hat, wie die Daily Telegraph schreibt. Und es ist bezeichnend, daß die französische Presse recht elegisch über den Sturz Theunis ist. Dieser belgische Kabinettssturz ist sicher alles andere als eine Stützung des belgisch-französischen Ruhrunternehmens. Sicher liegt ein Grund dazu auch in dem Fehlschlage des Ruhrabenteuers. Sehr leicht kann ein Kabinett Vandervelde kommen und es reizt die Sozialisten sicher, nachdem die Regierung Baldwin die Regelung der Reparationsfrage kräftiger in die Hand genommen hat, auch jetzt in Belgien eine Offensive zu unternehmen. Doch ist noch die Lage in Belgien ungeklärt und noch keinenfalls gewiß, daß Vandervelde das Kabinett bildet. Wenn man von einem Kabinett Vandervelde nach der ganzen bisherigen Einstellung Vanderveldes auch annehmen muß, daß ein solches Kabinett den französischen Wünschen weniger willfährig sein wird als das Kabinett Theunis, das unentwegt der Poincareschen Pfänderpolitik gefolgt ist, so sind doch die Taten desselben erst abzuwarten. Bis jetzt besteht kein Grund zu sagen: „Fällt Theunis, dann wird auch Poincare wanken." Noch steht der Lothringer, und es ist wahrscheinlich, daß der Redner von Carcassonne, Briand, seinen Mut, eine verfahrene Lage bessern zu wollen, noch zügeln muß. Wir tun gut daran, die zweifellos interessanten Vorgänge in Frankreich und Belgien im Parlament und auch hinter den Kulissen zu beachten und genau zu verfolgen. Doch ist, wie die K. V. mit Recht hervorhebt, weder Anlaß — um ein jüngst an der Seine geprägtes Wort zu nehmen — „zu illuminieren" noch von einer als richtig erkannten Linie abzugehen. Von der Linie nämlich: fester Entschluß, nach Möglichkeit Reparationen zu zahlen und alles zu tun, was das Mißtrauen beseitigen und die Entspannung fördern könnte. Ob Briand in Paris, Vandervelde in Brüssel oder Macdonald in London regiert — keiner von ihnen wird zugeben, daß jetzt Deutschland aus Verpflichtungen entlassen wird, die mit den Reparationen zusammenhängen und die von den Sachverständigen umgrenzt werden. Für Deutschland gilt die Mahnung:

„Keine Abenteuer, keine Dummheiten".

Dr. M.

Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 28. Februar. (Drahtbericht.)

In Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache nimmt bei schwach besetztem Hause

Außenminister Dr. Stresemann

das Wort. Er geht in seiner Rede zunächst kurz auf den Notetat ein, der das Auswärtige Amt ermächtigt, die Botschafterposten in Konstantinopel, sowie die Generalkonsulate in Smyrna und Dublin zu besetzen. Die Errichtung dieser Stellen sei ohne

deutsche Gesandte in Havanna belassen werden.

Zu der deutschen Außenpolitik

sich wendend, beschäftigte der Außenminister sich mit dem Eindruck der

Arbeiten des Sachverständigenausschusses.

General Dawes habe beim Abschied der Kommission bestätigt, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung in loyaler Weise erfolgt sei. Ueber die Verhandlungen in den Kommissionen wird ein Weißbuch erscheinen, sobald die Berichte der Sachverständigen selbst vorliegen. „So wenig erfreulich es ist", führte Dr. Stresemann aus, „daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer internationalen Prüfung der Lage führten, so sehr muß man den Mitgliedern der Kommission für ihre mühevolle Arbeit danken. Von dem Erfolg dieser Arbeiten ist es abhängig, ob eine Regelung der Reparationsfrage möglich ist. Die baldigste Lösung ist die wünschenswerteste. Die deutsche wirtschaftliche Lage erfordert sie. Die Sachverständigen haben sich von der Haltlosigkeit der Behauptung eines betrügerischen Bankerotts Deutschlands überzeugt. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der ernsten Beschränkung aller staatlichen Ausgaben erklärt der Minister zu den schwer auf Deutschland lastenden

Besatzungskosten.

alle Parteien des besetzten Gebietes wären sich darin einig, daß die Regierung verpflichtet sei, sich vor Exzessen der Besatzungsarmee durch die Zahlungen zu bewahren, die im wesentlichen an die Kommunen des besetzten Gebietes bezahlt würden. Aber auch hier ist die Leistungsfähigkeit eng begrenzt. Für absehbare Zeit können wir aus eigener Kraft an Reparationszahlungen nicht denken. Wir müssen vielmehr alle Kräfte zusammennehmen, um überhaupt unsere Währung zu halten, da das deutsche Volk ein zweites Abgleiten nicht ertragen kann. Von dieser Wirtschaftslage haben sich nunmehr auch die Sachverständigen überzeugt. Wir kennen nicht ihre Entscheidungen, aber nach den Presseberichten zeichnen sich schon heute einige Hauptfragen ab. Man scheint sich davon überzeugt zu haben, daß

ein Moratorium für uns notwendig

ist, ebenso aber auch

eine internationale Anleihe,

die besonders für Frankreich einen Ersatz für die ausfallenden deutschen Zahlungen schaffen soll. Eine internationale Anleihe, für die man Garantien im deutschen Reichsgebiet sucht, wird anscheinend diskutiert im Zusammenhange mit den Fragen, die gleichzeitig als wirtschaftliche Voraussetzungen für einen Anleiheheredit gelten können.

Die Wiedereinfügung Deutschlands über die wirtschaftliche und die Steuerkraft des Reiches, sowie die Wiederherstellung der deutschen Verkehrseinheit

dürfen von allen Kennern des deutschen Wirtschaftslebens als Voraussetzungen für das Gelingen einer internationalen Anleihe angesehen werden. Wenn es Frankreich um eine Lösung der Reparationsfrage zu tun ist so würde ihm die Möglichkeit hierfür geboten sein. Die Frage einer etwaigen internationalen Anleihe wirft aber gleichzeitig

die Frage der internationalen Mitwirkung

auf. Mir erscheint die Frage der internationalen Anleihe als untrennbar verbunden mit der

Möglichkeit der Befreiung von Rhein und Ruhr

in Bezug auf die ihnen vertragswidrig angelegten Ketten. Gegenüber dieser Befreiung erscheint mir als wenig wichtig, daß das **ausländische Kapital auch eine Vertretung im Aufsichtsrat** derjenigen Institutionen verlangt, für die es sein Kapital herausgibt.

Die Kreditnot der deutschen Industrie und Landwirtschaft

ist so stark, daß wir mit einer starken Minderung der Produktion zu rechnen haben, wenn uns nicht geholfen wird. Deshalb dürfen wir an ausländischem Kapital nicht vorbeigehen. Wenn wir es erhalten, wäre eine

schleunige Verständigung über die Reparationsfrage notwendig.

Der 15. April, an dem die Micumverträge ablaufen, ist ein kritischer Termin. Das deutsche Reich kann eine weitere Finanzierung dieser Verträge nicht leisten, und wenn eine Verständigung nicht erfolgt, werden neue **Erwerbslosigkeit, Hunger und Chaos im besetzten Gebiet, wirtschaftlicher Niedergang, vielleicht eine wirtschaftliche Katastrophe die Folge sein.** Die Nichtverständigung bringt anderseits für Frankreich mit das Aufhören der Einnahmen aus den Micumverträgen, einen Einnahmeausfall, dessen Wirkungen auf die Währung nicht ausbleiben würden. Seitdem ich an der Spitze des Auswärtigen Amtes stehe, hat es auf unserer Seite nicht an Versuchen gefehlt, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß

in weiteren Kreisen Frankreichs die Stimmung sich gegen früher geändert

hat. Man empfindet anscheinend doch mehr als früher trotz vieler politischer Differenzen eine gewisse Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland. Wir wollen allerdings durch eine **ausschließlich deutsch-französische Verständigung**

nicht einen Sonderfrieden mit Frankreich

schließen, denn wir sind als Mitglieder des vereinigten Völkerbundes verpflichtet, dafür, daß wir von unserer Seite aus den Deutschen Vertrag als zerrissen erklären, kommt man in der Realpolitik nicht weiter. Aber wie denkt man sich eine Verständigung mit Frankreich, wenn der französische Ministerpräsident unsere Reparationsleistungen nicht anerkennt?

Unsere Reparationsleistungen

haben 42 Millionen Goldmark betragen.

Worin liegt die französische Gegnerschaft

gegen eine Verständigung auf der Basis, die uns vorschwebt? Es scheint, als wenn in französischen Kreisen eine starke Nervosität gegenüber Deutschland herrsche. Man stellt die Frage der Sicherheiten in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran denke, Frankreich zu überfallen. Wenn man eine national-radikale Bewegung fürchtet, möge man sich in Frankreich daran erinnern, daß die bisherigen nationalen Politiker in Deutschland die eine Verständigung mit Frankreich erstrebt haben, an der französischen Politik gescheitert sind, denn sonst hätten wir auch keine national-radikale Bewegung in Deutschland gehabt. Der Temps riet dem deutschen Außenminister zur Mäßigung angesichts der Rede, die er wegen der Pfalznote gehalten hat. Es ist wichtig, zu sagen, daß das deutsche Volk durch die Zurückweisung der Pfalznote zur Verzweiflung getrieben ist. Diesen Satz habe ich niemals ausgesprochen, wohl aber muß ich darauf hinweisen, daß die Politik des Generals de Metz lediglich geeignet war, die pfälzische Bevölkerung zur Verzweiflung zu bringen. Eine völlig falsche psychologische Auffassung des Auslandes wäre es, wenn es glaubt, moralische Eroberungen in Deutschland dadurch zu machen, daß es das alte Deutschland in den Staub zieht.

Abg. Leicht (Bayer. Volkspartei)

wünscht eine Zusammenstellung der verschiedenen unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen. Wenn die Rentenmark nicht stabil bleibt, werden die Interessenten weniger als 15 Prozent erhalten. Wir danken dem Kabinett Marx dafür, daß es überhaupt das Prinzip der Aufwertung anerkannt hat. Wir wünschen, daß der innere Frieden nicht durch konfessionellen Hader gestört wird. Die Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinne müssen erfaßt werden. (Beifall bei der B. V.-P.)

Um 7 Uhr wird die Beratung auf Freitag 2 Uhr vertagt.

Wir müssen mit Genugtuung die Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem Wiederherstellungskomitee und die jetzt erfolgte Unterzeichnung des

deutsch-amerikanischen Handelsvertrages

feststellen. Dieser Vertrag wird zwar nicht allen unseren Wünschen gerecht, aber er ist auf den Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut. Wir hoffen, daß der Vertrag ratifiziert wird und daß er die fürstigen Beziehungen beider Länder auf eine gesunde Grundlage stellt. Inzwischen ist auch jetzt durch ein deutsch-englisches Abkommen

die Reparationsabgabe

von 26 Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt worden. Alle Gutscheine der Zeit vom 17. 11. 23 bis 26. 2. 24 werden in Schatzanweisungen eingelöst werden. Die Verhandlungen haben sich in der freundschaftlichsten Form abgespielt. Mit den

deutsch-polnischen Verhandlungen

ist das leider nicht der Fall gewesen. Im polnischen Parlament sind sogar Anträge eingebracht worden, in Polen ganze Bevölkerungskreise auszuweisen. (Hört, hört.) Die polnische Verwaltungstaktik entspricht gleichfalls nicht den völkerbundsrechtlichen Verpflichtungen. Der englische Erstminister habe die Frage des

Eintritts Deutschlands in den Völkerbund

erörtert. Deutschland lehnt den Eintritt nicht rundweg ab. Allerdings liegt im gegenwärtigen Augenblick keine Einladung zum Eintritt vor. Sollte die Frage akut werden, so wird die Reichsregierung zu prüfen haben, ob die Verhandlungen den Eintritt Deutschlands als vollberechtigtes Mitglied gewährleisteten. Der Minister schließt mit Worten des Dankes für die

außerordentliche Hilfstätigkeit des Auslandes gegenüber der deutschen Not.

Er dankte in dieser Beziehung besonders der **Hilfstätigkeit des Papstes. Mittel- und Südamerika haben große Beträge aufgebracht. Auch Kuba ist besonders hervorzuheben.** So besteht die Hoffnung, daß für zukünftige Zeiten das Zusammenleben der Völker auf der Grundlage gegenseitiger Achtung gewährleistet wird. (Lebhafter Beifall.)

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Paris, 27. Februar.

Das belgische Kabinett ist heute nachmittag zurückgetreten.

(Näheres siehe Seite 4.)

Ein schwerer Eisenbahnunfall.

WTB Lahore, 28. Febr. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am 23. Februar. Ein Güterzug entgleiste auf der Brücke zwischen Ambsar und Bandalik auf der Nordwestlinie. 29 beladene Wagen wurden vollständig zerstört. Sieben Personen wurden getötet und 46 schwer verletzt, sämtliche Eisenbahnbeamte.

Der 3 Tag des Hitlerprozesses

WTB München, 28. Februar. (Drahtber.)

Die heutige Sitzung konnte erst einhalbelf Uhr eröffnet werden, da General Ludendorff bei der Fahrt zum Gerichtsgebäude eine Autopanne erlitten hatte. Zunächst bemerkte Justizrat Kohl zu der gestrigen Mitteilung des Generals Epp, daß in seiner Gegenwart kein Protokoll über die Sitzung vom 26. 11. 23 zwischen Kahr und den Kampfbundvertretern verlesen worden sei.

Um das Zeugnis Ehrhardts.

Der Erste Staatsanwalt erklärte zu der Behauptung, daß Kapitänleutnant Ehrhardt trotz des bereits früher geäußerten Wunsches Pöhners als Zeuge nicht vernommen sei, der Staatsanwalt habe jetzt kein Interesse an der zeugenschaftlichen Vernehmung Ehrhardts. Zu den Ausführungen des Staatsanwalts erklärte Justizrat Teschwitz, er würde sich dies gefallen lassen, wenn er nicht schon im Dezember 1923 ein Schreiben an den Generalstaatsanwalt und an das Justizministerium gerichtet hätte, in dem er darauf gedrungen habe, daß das Verfahren gegen Kahr, Lossow und Seisser auch jetzt aufgenommen werde. Wenn derartige Anträge gestellt werden, sei es verfehlt, sich auf die Angaben nur einiger Herren der Staatsanwaltschaft zu beschränken. Rechtsanwalt Holl erwiderte, daß von gewisser Seite dem Kapitänleutnant Ehrhardt mitgeteilt worden sei, er werde, wenn er von der Vereidigung als Zeuge geladen werde, von der Staatsanwaltschaft verhaftet werden. Hierauf setzte der Gerichtshof die Vernehmung der Angeklagten fort.

Der militärische Führer des Kampfbundes

Oberleutnant Triebel

macht Ausführungen über seine Tätigkeit. Er erklärte, schon bei den Waffenstillstandsverhandlungen habe er das Elend mitgemacht. Es sei ihm klar geworden, daß auch die Feinde im Innern beseitigt werden müßten, bevor an alle anderen Fragen herangetreten werden könne. Wir mußten zusehen, wie von den Ministern der deutschen Republik die deutschen Belange preisgegeben wurden und verschleudert worden sind. Er habe damals einen Schwur getan. Bei der Schilderung seiner Tätigkeit als Offizier der Landesverteidigung der Einwohnerwehren machte er hierbei die Feststellung, daß die Einwohnerwehren nur unter Führung von Escherich geschaffen worden seien. Auch an der politischen Bewegung im März 1920 habe sich Triebel beteiligt. Als dann die Auflösung der Einwohnerwehren verlangt worden sei, habe er sich zu Kahr begeben, um Aufklärung über die Lage zu erhalten. Kahr habe aber abgelehnt, ihm zu antworten. Es sei also richtig, daß Kahr die Schuld an der Auflösung doch trage. Nach dieser Erkenntnis habe sich sein Verhältnis zu Kahr gelockert. Er habe bemerkt, daß

Kahr ein Mensch der offenen Hintertür

sei. Er kam dann auf seine Tätigkeit im Sinne eines Anschlusses Deutschösterreichs an Bayern zu sprechen. Im Jahre 1922 habe er für den vaterländischen Gedanken gearbeitet, ohne in der Oeffentlichkeit in Erscheinung zu treten. Im weiteren Verlaufe erklärte der Angeklagte seine

Beziehungen zu der Reichsflagge.

Durch die Reichsflagge sei er dann mit den übrigen Verbänden in Berührung gekommen und habe dann Hitler kennen gelernt. Später sei er dann zum Kampfbund gekommen, dessen Leiter er auch nach kurzer Zeit geworden sei. Der Angeklagte bat dann, seine weiteren Ausführungen unter

Ausschluß der Oeffentlichkeit

machen zu dürfen. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Triebel, er halte es für notwendig, seinen Bericht zusammenhängend vorzutragen. Das Gericht zog sich zu einer kurzen Beratung zurück und beschloß, die Oeffentlichkeit bei den weiteren Ausführungen Triebels auszuschließen, da dies eine Gefährdung der Staatssicherheit im Nichtbefolgungsfalle bedeuten würde. Hierauf wird das Haus geräumt. Kurz nach 12 Uhr wird verkündet, daß eine weitere Sitzung heute nachmittag um einhalbdrei Uhr unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindet.

Deutsches Reich

Das Zentrum und die Wahlen im besetzten Gebiet.

Von parlamentarischer Seite wird uns aus dem Reichstag geschrieben:

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich dieser Tage eingehend mit der Frage der Wahlmöglichkeit im besetzten Gebiet beschäftigt. Die Frage ist dringlich geworden, nachdem immerhin mit einen früheren Wahltermin gerechnet werden muß, als er gegeben wäre, wenn der Reichstag ein normales Ende finden würde. Die politische Debatte im Reichstag ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber ein sicheres Bild darüber, ob man um die Auflösung des Reichstags herumkommt, ist noch nicht gegeben.

Die Zentrumsfraktion steht einmütig auf dem Standpunkt, daß es einfach unerträglich wäre, wenn ein Fünftel von ganz Deutschland — denn soviel machen die besetzten Gebiete aus — von der kommenden Reichstagswahl ausgeschlossen würde. Gerade die Bevölkerung der besetzten Gebiete die seit 5 Jahren schon alle Lasten und Sorgen der Besatzung trägt, hat ein Recht daran, ihren politischen Willen kund zu tun. Man müßte befürchten, daß alle Bezirke, die durch die Besatzungszone angeschnitten sind, schon wegen der technischen Verteilung der Mandate keine Wahlmöglichkeit hätten. Es würde ganz Westfalen, die gesamte Rheinprovinz, das ehemalige Großherzogtum Hessen, ferner Hessen-Nassau und die Pfalz betreffen, denn alle diese Gebiete sind von der Besatzungszone irgend wie angeschnitten.

Daher hat das Zentrum sich wie bereits bemerkt, in voller Einmütigkeit grundsätzlich für eine gleichzeitige Wahl im besetzten wie im unbesetzten Gebiete ausgesprochen. Die Vertreter der Zentrumsfraktion werden bei der Reichsregierung und den übrigen Parteien in diesem Sinne nachdrücklich wirken. — Allerdings sind auch bestimmte Voraussetzungen dafür, daß auch die praktische Wahlmöglichkeit gegeben und gesichert wird, zu erfüllen. Es muß eine wirklich unbeeinflußte Wahlgarantie werden. Dazu gehört die Wahlfreiheit, auf der Basis der Versammlungs- und der Preßfreiheit. Zum mindesten muß derjenige Zustand hergestellt werden den das Rheinlandabkommen fixiert. Inzwischen wird versucht, die Frage auf diplomatischem Wege durch Fühlungnahme der Ausweichenden Amtes mit der Besatzungsmächten zu klären.

Man wird bei der Sicherung der Wahlfreiheit aber auch danach trachten müssen, daß Zusicherungen auch bezüglich der Einzelheiten der Wahlbetätigung erfolgen. Das gilt sowohl für die Sicherungen der Presse, wie für die Ausführungen der Redner in den Versammlungen. Es muß auch die Möglichkeit gegeben werden, daß Abgeordnete des unbesetzten Gebietes zu den Volksgenossen im besetzten Gebiet unbehindert sprechen können. — — Das Zentrum hat aber auch eine weitere Aktion eingeleitet, die dahin geht, den nachdrücklichen Versuch zu machen, den Ausgewiesenen — es handelt sich um etwa 140 000 Personen, davon etwa zweidrittel wahlfähig — die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen. Nehmlich wie es in Oberschlesien geschah, muß dahin gestrebt werden, diese Ausgewiesenen an die Wahlurne zu bringen und ihnen zu diesem Zweck eine angemessene Aufenthaltsfrist zu verschaffen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages setzt also ihre ganze Kraft ein, um ihr unbedingt die Anteilnahme an der Wahl zu sichern. Das Zentrum würde alle Bestrebungen schärfstens bekämpfen, die das Wahlrecht der Bevölkerung der besetzten Gebiete verkümmern oder gar verhindern würden. Für die Sicherung der Wahlfreiheit auch von Seiten der fremden Besatzungsmächte würde es sich mit ganz besonderem Nachdruck bemühen.

Ein ziviler Ausnahmezustand?

Die Reichsregierung beabsichtigt nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, die am 1. März erfolgen soll, doch bestimmte Vorkehrungen zu treffen, um eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung auch weiterhin wirksam zu verhindern. Man denkt an eine Art zivilen Ausnahmezustandes, für den der Reichs-Innenminister Jarres verantwortlich wäre. Verhandlungen mit den Regierungen der Länder sind bereits eingeleitet worden, da das Reich über eine eigene Exekutive nicht verfügt. Diese Frage wird auch im Reichstag zu starken partei-politischen Auseinandersetzungen führen. Es liegen auch bereits Anträge vor, auch einen solchen zivilen Ausnahmezustand nicht zuzulassen.

Der Sozialdemokratische Parteitag.

soll auf den 13. April verschoben werden. Die bayrischen Sozialdemokraten haben gegen die ursprüngliche Terminansetzung zum 30. März Einspruch erhoben, weil dieser Tag der letzte Sonntag vor den bayrischen Wahlen ist. Ob die Verschiebung des Parteitages aber durchführbar ist, hängt davon ab, ob nicht die Reichstagswahlen vorher schon vorgenommen werden.

Um ein deutsch-türkisches Freundschaftsabkommen

WTB Konstantinopel, 28. Febr. Die Besprechungen über den Abschluß eines deutsch-türkischen Freundschaftsabkommens werden in der nächsten Woche in Angora zwischen den deutschen Delegierten und den Delegierten der Türkei beginnen.

Die traurigen Verhältnisse in der Pfalz.

WTB Speyer, 29. Februar. (Drahtnachr.)

Die Nachricht, daß der Sonderausschuß der interalliierten Rheinlandkommission in der nächsten Zeit wieder nach Speyer kommen werde, hat in der pfälzischen Bevölkerung große Befriedigung ausgelöst. Die Pfälzer fordern vor allem die restlose Beseitigung der Separatisten. In manchen Orten, besonders in Pirmasens sind die Verhältnisse z. Zt. noch ebenso schlimm wie während der Separatistenherrschaft. Die Separatisten überwachen den Bahnhof in Pirmasens und denunzieren jeden Ankömmling, der nach den Vorgängen in Pirmasens geflüchtet war, den Franzosen, die dessen sofortige Verhaftung vornehmen.

Die Mutter.

Bei der Pfalzreise des englischen Generalkonsuls Clive sprach in Neustadt a. d. H. unter anderen Vertretern der Einwohnerschaft auch ein einfacher biederer Mann mit Namen Sauer für die Gewerkschaften.

Seine Ausführungen, bei denen er einerseits kein Blatt vor den Mund nahm, andererseits aber auch der Stimmung seiner Mitbürger überzeugenden Ausdruck gab, machten auf dem Engländer sicht- und merkbaren Eindruck. Wiederholt wandte er sich mit Fragen an Sauer, von denen zwei in ihrer Beantwortung so charakteristisch sind, daß sie hier im einzelnen wiederholt werden sollen, denn sie zeigen den Sprecher nicht nur als geschickten „Diplomaten", sondern auch als Pfälzer von tiefem Gemüt:

Clive: Wissen Sie, woher die Separatisten die Geldmittel haben?

Sauer: Herr! Woher sie ihr Gold haben, weiß ich nicht. Aber das weiß ich, daß sie am Anfang nur mit Franken bezahlten.

Clive: Man sagt mir, es gäbe in der Pfalz auch Leute, welche eine Lostrennung von Bayern, also einen autonomen Staat im Rahmen des Reiches wünschen. Können und wollen Sie mir darüber etwas berichten?

Sauer: Herr! ja — die gibt's. Aber viel nicht. Das sind eben Ansichtssachen! Der eine denkt so, und der andere wieder anders.

Clive: Und wie denken Sie?

Sauer: (nach kurzem Besinnen), Herr, das will ich Ihnen mit einem Beispiel erklären. Ich für mein Teil meine ungefähr so: Ein Mann verliert seine Frau. Ein plötzlicher Tod entreißt sie ihm. Sein kleines Mädel weint und jammert um die Mutter. Da tröstet es der Vater und sagt: „Sei nur ruhig, mußt net grein. Ich schaff Dir eine andere Mutter." Und er geht hin und heiratet wieder. Das kleine Mädel aber denkt: Was ich an meiner richtigen Stiefmutter kriege, das weiß ich nicht. Ich wollte, meine Mutter wär bei uns geblieben!

Und Clive drückte dem Sprecher kräftig die Hand.

Sachsen und der Ausnahmezustand.

WTB Dresden, 27. Febr. Nach einer Mitteilung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei haben die Besprechungen des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern mit dem Reichswehrminister und dem Reichsminister des Innern, die am Montag in Berlin stattfanden, und an die sich eine weitere Besprechung mit dem Reichspräsidenten anschloß, zu dem Ergebnis geführt, daß Sachsen in Bezug auf den Ausnahmezustand die gleiche Behandlung erfahren wird wie die übrigen Länder.

Das thüringische Staatsministerium für Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes.

Weimar, 27. Febr. Das thüringische Staatsministerium hat beschlossen, Minister Dr. Leutheußer nach Berlin zu entsenden, um bei der Reichsregierung das Fortbestehen des Ausnahmezustandes in Thüringen zu erwirken, oder wenigstens die Beibehaltung von Reichswehrtruppen in Weimar zur Unterstützung der Regierungsgewalt angesichts der immer noch drohenden Gefahr kommunistischer Unruhen zu fordern. Wie es in der Meldung weiter heißt, soll die dauernde Belegung von Weimar und Erfurt mit Reichswehrtruppen so gut wie sicher angesehen werden.

Intermezzo!

„Wer zählt die Väter nennt die Namen?" Es mögen 7 bis 20 sein (oder auch mehr) . . . .
Von einem weiß der Dichter zu singen:
„Du schufest aus deinem Gedankenschacht
die Rentenmark, die uns Rettung gebracht."
. . . . Ueberschrift: „Helfferich . . (Wer lacht da?)
„Staatserhaltende Opposition" heißt das Ganze . . .
(Notabene: die Mutter wird steckbrieflich gesucht).
Kleine Anfrage: Wie wär's, wenn das Rentenmarkexperiment daneben geglückt wäre . . . ?
oder was ist Demagogie? . . .

* * *

„Umwertung aller Werte" auch ein Schlagwort
. . . . . oder wie soll' man's nennen.
wenn die Rechtesten der Rechten zu Zentrum werden (vielleicht auch noch weiter links: womit das Problem Reventlow-Frölich gelöst wäre.)
Und das Zentrum zur Rechtspartei (Deutschnational ausgeschlachtet: Gesinnungswechsel des Zentrums) . . . .
Woraus sich die Möglichkeit ergeben kann „in eigener „Sache" schreiben zu müssen"
f. Helfferich) . . . .
Es gibt eben Leute, die auf jeden Schwindel hereinfallen . . . .
Selbst auf Deutschvölkischen.

*

„Hie Bürgerblock— — — Hie große Koalition".!
Viel Geschrei und — — drei große Fragezeichen ? ? . . . ? Ein Parlament ist kein Standesamt, und die große Koalition noch keine Ehe (was den Leuten, die die Ehescheidungsreform fordern, doch einleuchten, sollte . . .)
. . . . ? Warum nicht miteinandergehen. . . . . ?
Flankiert von „staatserhaltender Opposition" (als prickelndes Moment).
Warum gegen einander (gestützt aufs Schwert und Artikel 48)?
. . ? Na schön, Bürgerblock acceptiert. . . . und der Erfolg? . . .
Echternacher Springprozession . . . . nur etwas anders (zwei Schritte vor und drei Schritte zurück) . . .
Wer springt mit? . . . .?

Der zugefrorene Bodensee.

Der Untersee des Bodensees ist infolge der Kälte der letzten Tage bis auf einen kleinen Teil auf schweizerischem Gebiet etwa bei Steckborn zugefroren. Eine Verbindung zwischen den Ufern über den See ist bereits aufgenommen worden. Nach der Insel Reichenau fährt die Postkutsche über den See. Wie die Blätter weiter melden, hat in Oberitalien starker Schneefall und Frost eingesetzt. In Florenz und Umgebung ist über 10 Ctm. hoher Schnee gefallen. Aus ganz Frankreich wird ebenfalls starker Schneefall und strenge Kälte gemeldet.

Der ewige Kampf.

27) Roman von Karlfriedrich Baberadt.

Heinz Potter mußte ein würgendes Gefühl niederkämpfen, ehe er weitersprechen konnte. Dann sagte er: „Verkaufen Sie mir den Grund und Boden, Herr, ich will ihn schon wieder hochbringen.

„Haben Sie Geld? Bares Geld?"

„Ich werde es verdienen. Ich werde Sie auf auf Heller und Pfennig bezahlen.

„Und wenn es inzwischen wieder einmal „einschlägt"?"

Heinz Potter fühlte den Hohn, aber er bezwang sich. „Ich habe ein paar hundert Mark gerettet, die könnte ich als Anzahlung geben."

Richard Steigerwald lachte. „Oh, ich will Sie Sie nicht berauben. Ein paar hundert, wo ich doppelt so viele Tausende bekommen kann!"

Seine Zuversicht machte Heinz Potter stutzig. „Ihr wollt an die Industrie verkaufen?" fragte er gögernd. Es war etwas in dem Ton dieser Frage, das Richard Steigerwald eine ausweichende Antwort geben ließ, aber Potter durchschaute ihn doch und felsenfest stand der Entschluß plötzlich bei ihm, nicht vom Platze zu weichen und jeden Fußbreit des Heimatbodens zu verteidigen gegen den neuen unbekannten Feind.

„Also, wann kann ich auf dem Bruckschenhof anfangen?" fragte er kurz.

„Gar nicht. Ich habe es ja schon gesagt", warf Steigerwald herrisch ein. Einen Herzschlag lang wich alle Farbe aus Potters Gesicht, dann drehte er sich rasch um und ließ den Bruckschenbauer stehen, wie einen, den man gebraucht hat und dann achtlos beiseite schiebt. Das war sein Triumph, und Richard Steigerwald ärgerte sich darüber.

Die nächsten Wochen brachten Heinz Potter recht viele Enttäuschungen. Gerrit op gen Loh, ein alter Freund Gerd Bruckschens und ein erklärter Widersacher Richard Steigerwalds, hatte den Abgebrannten auf seinem etwa eine gute Wegstunde von Lossum entfernten Buchenhof eine Zuflucht geboten, aber er hatte dabei gleich gesagt, daß er den Amerikaner jetzt nicht in Dienst nehmen könne, so leid ihm das auch tue. Heinz Potter wollte das Obdach nicht geschenkt haben, er packte überall mit an, wo es nötig war und auch Lene half, so gut es ging, in der Wirtschaft. Zwischendurch fragte Potter bei den Bauern der Umgegend nach Arbeit, aber überall speiste man ihn mit einem bedauernden Achselzucken ab. Nur der alte Dirk Vits schenkte ihm reinen Wein ein: ein Gerücht gehe um, der neue Bruckhenhöfer verhandele mit der Industrie und es bestehe Aussicht, daß die Bauern ihr Land mit ungeheurem Gewinn verkaufen könnten, aber gleichzeitig wisse man auch, daß er, Heinz Potter, die Leute aufhetze, nicht an die Industrie zu verkaufen und man betrachtete ihn deshalb als gefährlichen Feind; er brauche sich also auch gar nicht zu wundern, wenn ihn keiner dingen wolle.

Ob Gerrit op gen Loh auch zu dieser Partei gehöre, fragte Potter, aber Dirk Vits lachte. „Der Gerrit? Nein, wahrhaftig nicht! Das ist einer von den Alten! Der ließe sich lieber totschlagen, ehe er auch ein Krümelchen von seinem Grund und Boden hergäbe."

„Gott sei Dank, daß es noch solche Männer am Niederrhein gibt", sagte Heinz Potter. Wehe denen, die sich loslösen vom Heimatboden! Das Gold, um das sie ihn verraten haben, wird ihnen nicht zum Segen gereichen."

Dirk Vits rieb sich die kahle Oberlippe. „Tja, Heinz Potter, das ist all recht, aber wenn ringsum die Schlote stehen und das fremde Volk hier haust — was ist dann unser Boden wert? Ich hänge weiß Gott an meiner Heimat, aber nachher da sitzen mit vergiftetem Boden, der nichts mehr wert ist."

„Sie sehen zu schwerz, Dirk Vits! Dahin wirds nicht kommen."

„Na, ich weiß, was ich weiß! Wie ist's denen denn gegangen in Mohlenwick, die nicht verkauft haben, als die Herren aus der Stadt da waren? Keinen Pfifferling kriegen sie heute mehr für ihr Land, das von Zechen und Bahndämmen eingeschlossen wird."

„Ach, ich weiß auch: dem Willen von der Wees ist das Geld, was er für seinen Hof bekommen hat, zu Kopf gestiegen. In zwei Jahren hatte er's durchgebracht. Heute ist er froh, daß er als Bergmann auf der Zeche arbeiten darf." Dirk Vits erwiderte nichts. Das Unglück des Willem van der Wees erzählte man sich am ganzen Niederrhein.

Mit einem kurzen Gruß ging Heinz Potter seines Weges. Ein Zweifel stieg in ihm auf, ob es nicht besser sei, wieder auszuwandern oder anderswo in Deutschland Arbeit zu suchen, aber sogleich verwarf er diesen Gedanken wieder: fahnenflüchtig wollte er nicht werden, aus Trotz wollte er bleiben, damit sie nicht sagen könnten, sie hätten ihn vertrieben. Er wollte ihnen zeigen, daß Heinz Potter der Mann wäre, zu arbeiten, bis er wieder auf eigenem Grund und Boden säße bis es ihm möglich sei, seine Lene heimzuführen. Ein Ziel, nur ein Ziel haben — dafür ließe sich hungern und darben . . . .

Und dieses Ziel sah Heinz Potter jetzt klar vor sich. Es galt, die Pläne des Ingenieurs zu durchkreuzen, um der Industrie den Weg nach Lossum zu versperren.

Von jetzt ab sah man Potter wieder öfters im Dorfwirtshaus, und es schien, als habe er das Unglück, das ihn betroffen, den Haß der Lossumer ausgelöscht; man nahm ihn freundlich auf, nachdem man erkannt hatte, daß er nichts von einem wollte, und auch außerhalb der Wirtsstube mied man seine Gesellschaft nicht mehr. Er nahm dafür seinen Vorteil wahr und schuf sich einen kleinen Anhang, der mit ihm für die Heimaterde kämpfen wollte. Er ging von Haus zu Haus, um für seine Ideen zu werben, und wenn auch nicht überall die Gefahr, die er als drohend schilderte, als Gefahr gelten lassen wollte, so wurde doch bei den meisten die Liebe zur Heimat wach. Slunter und seine Parteigänger mußten grollend zusehen, wie der Fremde ihnen die eigenen Waffen entwand, um sie selbst damit zu schlagen.

Natürlich war auch Richard Steigerwald nicht untätig, aber Heinz Potter ging so vorsichtig zu Werke, daß die Bauern gar nicht einmal immer seine Absichten durchschauten und dennoch durch ihn so stark gemacht waren, daß sie für Steigerwalds Lockungen nicht mehr so empfänglich waren wie früher. Man hörte sich auch um, wie es da und dort in der Grafschaft gegangen sei, man erfuhr Gutes und Schlechtes, ließ sich, je nach Laune und Temperament, einkullen oder erschrecken, und blieb im Grunde doch in der Ungewißheit, was man tun werde, wenn erst einmal die Industrie wirklich käme.

Potters Feinde ließen kein Mittel unversucht, um seinen wachsenden Einfluß zu untergraben, und als er, der bei keinem Landwirt unterkommen konnte, zum ersten Male als Arbeiter in die Kiesgruben ging, folgte ihm manch höhnischer Blick und Balthasar Slunter konnte sich nicht enthalten, ihm nachzurufen: „Wer heute oben steht liegt morgen im Graben!" Aber er hatte nicht einmal die Genugtuung, daß der Verspottete ihn auch nur eines Blickes würdigte. Am Stammtisch im Krug aber fand er für seine Weisheit willigere Ohren. Die guten Herren vom Gemeindeart waren ein wenig aus dem Häuschen gekommen, als sie hörten, daß der Amerikaner im Dorfe blieb und daß er in einem der kleinen Häuschen am Kriesgrubenweg wohnte, die der Baggereigesellschaft gehörten. Aber Balthasar Slunter schalt sie ohne Scheu Dummköpfe und Kurzsichtige. Er meinte, etwas Besseres habe Potter gar nicht tun können. Denn die Baggergesellschaft trage sich schon lange mit dem Gedanken, die Arbeitshäuser an die Gemeinde zu verkaufen und wenn man diesen Kauf erst abgeschlossen habe, dann habe man auch den Amerikaner in der Hand. Dann sei endlich, endlich der Zeitpunkt gekommen, ihm die Türe zu weisen. Und daß es so kommen müsse, das könne Meister Boersma bezeugen.

(Fortsetzung folgt.)

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 29. Februar.

Westfälischer Milchpreis-Ausschuß.

Hinsichtlich der Bezahlung der Milch bei direkter Lieferung durch die Landwirte erklärt der Westf. Milchpreisausschuß:

A. Die unter dem 28. 2. 22., 12. 9. 22., 10. 4. 23 niedergelegten Beschlüsse treten außer Kraft.

B. Zur Regelung dieser Fragen glaubt der W. M. A. folgende allgemeine Grundsätze in Vorschlag bringen zu müssen.

1. Milchverkauf frei Verbrauchsort.

1. Landwirte, die ihre Milch literweise dem Verbraucher **frei Haus** liefern, haben Anspruch auf den am Abgabeort bestehenden Kleinverkaufspreis.

. Landwirte, die ihre Milch an Wiederverkäufer (Groß- und Kleinhandel) frei Verbrauchsort liefern, haben Anspruch auf den für diesen am Verkaufsort geltenden Einstandspreis (normalerweise: Erzeugerpreis plus Molkereispanne plus Durchschnittsfracht.)

2. Milchverkauf ab Hof.

1. Landwirte, die ihre Milch ab Hof literweise **direkt an Verbraucher** abgeben, haben Anspruch:

a) in industriellen Gemeinden auf den Kleinhandelspreis des Abgabeortes abzgl. etwa der halben Kleinhandelsspanne.

Landwirten in industriellen Gemeinden gleichzustellen, sind solche, die nach Art der Abmelkfälle ihren Betrieb auf Milchlieferung besonders eingestellt haben und normalerweise direkte Lieferbeziehungen unterhalten.

b) in allen übrigen Gemeinden auf den Erzeugerpreis zuzüglich eines Verteilungszuschlages von etwa 15 Prozent.

2. Landwirte, die ihre Milch ab Hof an Händler abgeben, haben Anspruch:

a) in industriellen Gemeinden auf den für den Händler am Verkaufsort geltenden Einstandspreis abzgl. der Transportkosten;

b) in allen übrigen Gemeinden auf den reinen Erzeugerpreis.

C. Im Rahmen dieser allgemeinen Gesichtspunkte ist von den hierfür zuständigen örtlichen Stellen im Benehmen mit unter den Erzeugerorganisationen und der Verbraucherschaft Würdigung der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Vereinbarung der Preise festzulegen.

Die März-Miete.

32 Prozent der Friedensmiete.

Unter Aufrechterhaltung der mit dem 1. Februar in Kraft getretenen neuen Berechnungsgrundsätze für die Miete beträgt, die Miete für März nach der jetzt vorliegenden Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 19. Februar für Preußen 32 Prozent der Friedensmiete, für Orte, wo die Schönheitsreparaturen zu Lasten der Mieter gehen, 28 Prozent der Friedensmiete. In diesen 32 bezw. 28 Prozent Friedensmiete sind enthalten:

1. für die **Verwaltungskosten**, Zinssteigerung, Steigerung der Kosten für Erneuerung der Grundstücksbelastung fünf vom Hundert.

2. für die Kosten der laufenden **Instandsetzungsarbeiten** einschließlich der Schönheitsreparaturen zwölf vom Hundert; — ausschließlich der Schönheitsreparaturen — acht vom Hundert.

3. für die **Betriebskosten** 15 vom Hundert.

In dem Betriebskostenzuschlag von 15 Prozent sind inbegriffen 3 Prozent der Friedensmiete für **Wassergeld.** Weist der Vermieter nach, daß die monatliche Aufwendung für Wassergeld diese 3 Prozent der Friedensmiete übersteigt, so kann er den übersteigenden Betrag auf die Mieter umlegen. Ferner ist in den 15 Prozent Betriebskosten enthalten die Grundvermögensteuer (Grund- und Gebäudesteuer), soweit der Gemeindezuschlag zur Grundvermögensteuer mehr als 100 Prozent der staatlichen Grundvermögensteuer beträgt. In den Gemeinden, wo dieser Gemeindezuschlag höher ist als 100 Prozent, kann der überschießende Betrag **ebenfalls auf die Mieter umgelegt** werden.

)(**Die Neueinrichtung der Strafgerichte** bringt für die Gerichte des Sauerlandes eine wichtige Veränderung. Für den Landgerichtsbezirk Arnsberg sind für die Entscheidung in denjenigen Strafsachen, für welche vom 1. April d. J. ab die Schöffengerichte zuständig sind, die beiden Amtsgerichte in Arnsberg und Siegen bestimmt. Nach Arnsberg gehören die Sachen aus folgenden Amtsgerichtsbezirken: Arnsberg, Balve, Bigge, Brilon, Fredeburg, Marsberg, Medebach, Meschede, Neheim und Warstein, während die Sachen der übrigen 9 Amtsgerichte und dazu gehören auch die Amtsgerichte in **Olpe, Förde und Kirchhundem** sowie die Amtsgerichte des Siegerlandes, dem Amtsgericht in Siegen zugewiesen sind. Alle Strafsachen, in welchen in Zukunft der Amtsrichter allei nRecht spricht, werd, wie bisher, vor den betreffenden Amtsgerichten verhandelt. Für den ganzen Landgerichtsbezirk Arnsberg bleibt die große Strafkammer beim Landgericht Arnsberg.

:: **Eintragung in das Wasserbuch.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Frist zur Anmeldung der Eintragung von Wasserrechten in das Wasserbuch durch Verordnung vom 16. Februar 1924 **um fünf Jahre verlängert** ist.

* **Zur Kürzung des Beamtenurlaubs.** Die vom Reichsminister des Innern geführten Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Kürzung des Urlaubs sind einstweilen vertagt worden, da die Beamtenvertreter genaue Angaben zu erhalten wünschten, was für effektive Ersparnisse die geplanten Urlaubskürzungen zeitigten. Von der Eisenbahn ist mittlerweile festgestellt worden, daß man bei einer Kürzung des Urlaubs um eine Woche eine Ersparnis von 18 Millionen Mark erzielen könnte. Bei der Post waren bisher 16 000 Vertreter für erkrankte oder beurlaubte Beamte tätig, und zwar 6000 für erkrankte und 10 000 für beurlaubte Beamte.

)(**Volksschullehrer** werden zum Studium nur zugelassen, wenn sie im ganzen **mindestens zwei Jahre im Schuldienst gestanden haben.** Nach einem Bescheid des Ministers für Volksbildung wird diese Bestimmung nicht auf Lehrer und Schulamtsbewerber angewandt, wenn **sie die Reifeprüfung** ablegen wollen.

Wirtschaftsteil.

Die erste Zahlung auf die sog. Obligationssteuer

Vom Finanzamt Olpe mitgeteilt.

Am 1. März 1924 ist die erste Zahlung auf die sogenannte Obligationssteuer (Geldentwertungsausgleich bei Schuldverschreibungen — dritte Steuernotverordnung Artikel 3 §§ 17 bis 25) fällig; sie ist ohne besondere Aufforderung an die Finanzkassen zu zahlen. Gleichzeitig ist dem zuständigen Finanzamt eine Steuererklärung in zwei Ausfertigungen einzureichen. Vordrucke zur Steuererklärung können von den Finanzämtern bezogen werden. Steuerpflichtig sind alle natürlichen Personen, Personenvereinigungen oder juristischen Personen des Privatrechtes, die selbst oder deren Rechtsvorgänger Schuldverschreibungen begeben und nicht bis zum 1. Januar 1918 getilgt haben. Schuldverschreibungsähnliche Aktien, die bis zum 14. Februar 1924 getilgt sind, werden wie Schuldverschreibungen besteuert. Die am 1. März fällige Steuer beträgt 2 v. H. des um 15 v. H. (= Aufwertungsbetrag der Dritten Steuernotverordnung) verminderten Goldmarkbetrages der Schuldverschreibungen, d. h. 1,7 v. H. ihres vollen Goldmarkbetrages. Bei den bis zum 1. Januar 1918 begebenen Schuldverschreibungen ist der Goldmarkbetrag gleich dem Nennbetrag. Bei den später begebenen Schuldverschreibungen sowie bei den Tilgungsbeträgen ist der Goldwert über den Berliner Dollarmittelkurs (1 Dollar ist 4,20 Goldmark) zu errechnen. Für die Zeit bis zum 2. Februar 1920, dem Wiederbeginn der amtlichen Dollarnotiz, sind vom Reichsfinanzministerium folgende Dollarkurse festgesetzt worden, auf Grund deren sich die in den Nebenspalten angegebenen Umrechnungssätze für eine Goldmark ergeben:

Monat	1918 Wert von 1 Dollar in Papiermark (Dollarkurs)	1 Goldmark	1919 Wert von 1 Dollar in Papiermark (Dollarkurs)	1 Goldmark	1920 Wert von 1 Dollar in Papiermark (Dollarkurs)	1 Goldmark
Januar			8,19	1,95	64,89	15,45
Februar			9,03	2,15		
März			10,50	2,50		
April	5,25	1,25	12,60	3,00		
Mai			12,81	3,05		
Juni			14,07	3,35		
Juli	5,88	1,40	15,12	3 60		
August	6,09	1,45	18,90	4,50		
September	6,51	1,55	23,94	5,70		
Oktober	5,51	1,55	26,88	6 40		
November	7,35	1,75	38,22	9,10		
Dezember	8,40	2,00	46,83	11,15		

Beispiel:
A hat im Dezember 1918 1 Million Mark Schuldverschreibungen begeben. Maßgebender Dollarkurs 8,40 M., d. h. 1 Goldmark gleich 2,00 Papiermark. Goldmarkbetrag der Schuldverschreibungen: 500 000. Am ersten März 1924 fällige Steuer: 1,7 v. H. von 500 000 Goldmark sind 8 500 Goldmark.

Für die spätere Zeit entscheidet der Berliner Dollarmittelkurs (Auszahlung Newyork) am Tage der Begebung.

Als Tag der Begebung gilt in jedem Falle der Tag, an dem die Schuldverschreibungen der betreffenden Emission erstmalig ausgegeben oder veräußert oder verpfändet oder zum Gegenstand eines Geschäfts unter Lebenden gemacht oder die ersten Zahlungen auf sie geleistet worden sind. Wird sie am 1. März fällige Steuer nicht spätestens bis zum 8. März entrichtet, so ist für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ein Zuschlag von 5 v. H. des Rückstandes zu zahlen.

Um die Aufwertung

ist nun auch der parlamentarische Streit in der Form von Anträgen entbrannt, die je nach der Parteistellung einander völlig zuwiderlaufen. Die Sozialdemokraten haben ihre Haltung vollständig geändert. Bisher sträubten sie sich gegen jegliche Aufwertung, und nun wollen sie statt 15 Prozent sogar 20 Prozent Aufwertungshöhe. Von deutsch-volksparteilichen Abgeordneten unter Führung Düringers ist mit der Unterschrift des Professors Kahl ein Antrag eingegangen, der überhaupt keinen Prozentsatz festlegen will. Man sieht, daß es überhaupt keine Lösungsmöglichkeit gibt, die nicht starken Gegensätzlichkeiten unterworfen ist. Es wäre daher wünschenswert, wenn diese Frage, wie es ja jetzt auch die Spitzenverbände gefordert haben, unbedingt ruhen bliebe, bis veränderte wirtschaftliche und politische Verhältnisse die Neugestaltung ermöglichen.

Die Wirtschaft zur Aufwertungsfrage.

Eine Erklärung der wirtschaftlichen Spitzenverbände.

Berlin, 27. Febr. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgesellschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandels erlassen folgende Kundgebung:

Veranlaßt durch die jüngst zutage getretene Rechtsauffassung in der Aufwertungsfrage, sind die unterzeichneten Spitzenverbände gestern bei der Reichsregierung vorstellig geworden und haben folgendes vorgetragen: Unbeachtet ihrer Stellungnahme zu dem Erlasse der dritten Steuernotverordnung überhaupt und insbesondere zu der Frage, ob und nach welchen Grundsätzen heute aufgewertet werden soll, erklären die Spitzenverbände:

Nachdem jetzt eine Regelung der Aufwertungsfrage erfolgt ist, muß die Wirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen den größten Wert darauf legen, daß die durch die dritte Steuernotverordnung geschaffene Rechtsgrundlage in der Aufwertungsfrage weder durch Rechtsprechung noch durch Gesetzgebung erneut erschüttert wird. Dies erfordert das Interesse an der Aufstellung von Goldbilanzen, an der Ermöglichung der Kreditbeschaffung, an der ordnungsmäßigen Finanzgebarung von Reich, Ländern und Gemeinden und an einer dauernden Beruhigung der Wirtschaft überhaupt.

Die Großhandelsindexziffer.

WTB Berlin, 27. Febr. (Drahtb.) Die auf den Stichtag des 26. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 19. Februar (117,5) mit 118 nahezu unverändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel (102,7) 103,5, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln (81,9) 82,8, Industriestoffe (145,1) 145,2, davon die Gruppe Kohlen und Eisen (137,3) unverändert. Ferner Industriewaren (105.8) 106,1. Einfuhrwaren (178.8) 177,7.

Die westfälischen Großhandelspreise.

WTB Münster, 28. Febr. Für die westfälischen Großhandelspreise wurden am 25. Februar keine Notierungen vorgenommen. **Es gelten somit noch** die am 18. Februar festgesetzten und bereits mitgeteilten **Preise.**

Großer Andrang von Ausstellern zur Kölner Messe.

WTB Köln, 26. Febr. Die Bekanntgabe des Termins zur 1. Kölner Messe vom 11. bis 17. Mai hat zur Folge gehabt, daß eine große Zahl von Firmen aus dem besetzten Gebiet wie auch aus dem übrigen Deutschland sich neu zur Kölner Messe anmeldeten. In der vergangenen Woche gingen beim Messeamt täglich 100 bis 200 Neuanmeldungen ein. Die Zahl der Aussteller ist inzwischen auf über 10 000 angewachsen. Die Raumverhältnisse der Messe gestatten aber einstweilen nur die Unterbringung von 2500 Ausstellern. Bei der Standverteilung werden infolgedessen zunächst diejenigen Firmen berücksichtigt, denen bereits im vorigen Jahre ein Platz auf der Messe zugesagt war und die auch schon einen Teil des Standgeldes entrichtet haben.

Die deutschen Güter in Belgien.

() **Paris,** 28. Febr. Wie aus Brüssel der K. V. gemeldet wird, hat die Liquidation der deutschen Güter in Belgien bisher 174 300 000 Franken ergeben. Wenn man hinzufügt noch die von Deutschland ausgelieferten belgischen Werte, die infolge des Vertrages von Versailles auszuliefern waren, so ergibt sich bis jetzt schon eine Gesamtsumme von 204 400 000 Franken.

Frankensturz ohne Ende

WTB Paris, 28. Februar.

Das englische Pfund hat gestern nachbörslich 104,75, der Dollar 24,38 Frcs erreicht. (Am Montag wurden in den Hafenstädten erst 94 Frcs. für das englische Pfund gezahlt und das galt schon als sehr schlechter Kurs des Franken).

Die Wiedereröffnung der Pariser Warenbörse.

WTB Paris, 27. Febr. Die Warenbörse wird von heute ab wieder eröffnet. Die in ihr vertretenen Organisationen haben sich über die Abänderung des Reglements verständigt. Fremde, die nicht in Paris und Frankreich ansässig sind, und Personen, die nicht in das Handelsregister eingetragen sind, können von der Börse ausgeschlossen werden.

Errichtung eines Biermonopols?

Die interalliierten Sachverständigen haben einen aus den Mitgliedern Hultin, Meyer (Frankreich), Mazzuchelli, Aliprandi (Italien), bestehenden Unterausschuß gebildet, der die Frage der Errichtung von Monopolen in Deutschland, insbesondere für Tabak, Streichhölzer, Bier usw. untersuchen soll. Die Monopole sollen dazu dienen, aus den beteiligten Industrien höhere Erträgnisse, als die gegenwärtigen Verbrauchssteuern liefern, herauszuwirtschaften. Die Erträgnisse sollen für Reparationszwecke Verwendung finden. Hierzu schreibt uns der Deutsche Brauerbund:

Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß ein Biermonopol höhere Erträgnisse liefern würde als die gegenwärtige Biersteuer. Die Errichtung eines Monopols begegnet so zahlreichen Schwierigkeiten, daß man den Gedanken als undurchführbar bezeichnen darf, und zwar sowohl in der Form eines Zwischenhandelsmonopols, als auch in der Form eines Produktionsmonopols. Eine Zwischenhandelsorganisation zwischen Brauereien und Gastwirten, die durch das Monopol übernommen werden könnte, besteht nicht, da sich der Absatz unmittelbar zwischen Brauereien und Gastwirten vollzieht. Die künstliche Schaffung einer Zwischenhandelsorganisation wäre aber wegen der großen Zahl der beteiligten Produzenten und Abnehmer (7000 bis 8000 Brauereien, 300 000 Gastwirtschaften) unmöglich. Ein Produktionsmonopol aber würde für die beteiligten Gewerbe eine planmäßige Zusammenlegung und Vertrustung größten Stils bedeuten. Eine erschöpfte Volkswirtschaft wie die deutsche kann sich derart fragwürdige Experimente nicht leisten, zumal in der Brauindustrie die Großunternehmung, die nur auf die großen Städte beschränkt ist, keineswegs die vorherrschende Betriebsform darstellt.

Das Bier ist eine leicht verderbliche Ware und muß auf dem schnellsten Wege in den Konsum übergeführt werden. Die hierzu erforderliche weitverzweigte Organisation könnte von einer zentralen Verwaltung nicht beherrscht werden. Für die Monopolverwaltung wäre nicht einmal die Versorgung der großen Städte ohne größte Schwierigkeiten möglich, geschweige denn die Versorgung der mittleren und kleinen Städte und des platten Landes. Ebensowenig wäre dem Monopol die Finanzierung der Abnehmer möglich, wie sie durch die Brauereien geübt wird (Außenstände über 1 Milliarde Goldmark, verteilt auf etwa 300 000 Personen und Obsekte). Die Kosten der Errichtung eines Biermonopols einschließlich der für die stillzulegenden Betriebe zu zahlenden Entschädigungen würden nach vorsichtiger Schätzung in die Milliarden Mark gehen, womit auf Jahre hinaus der gesamte Ertrag der Steuer (jährlich 200 bis 300 Millionen Mark) aufgezehrt werden würde.

Bemerkt sei noch, daß das Branntweinmonopol nicht zum Vergleich herangezogen werden darf, weil die Betriebsverhältnisse in der Spritindustrie von denen der Brauindustrie grundverschieden sind. Während die Brauindustrie die größte Mannigfaltigkeit der Absatzverhältnisse aufweist, hat sich in der Spritindustrie auf normalem Wege eine einheitliche Organisation, die Spritzentrale, herausgebildet, die bei der Schaffung des Branntweinmonopols einfach übernommen werden konnte.

Provinzielles

)(**Frankfurt a. M.,** 27. Febr. Das Fernsprechamt hat etwa 2800—3000 Fernsprechteilnehmern die **Anschlüsse gesperrt,** weil sie nicht rechtzeitig die fälligen Gebühren für Ferngespräche bezahlt haben. Unter den Ausgesperrten befinden sich auch zahlreiche Großbanken. Die Handelskammer hat schärfsten Einspruch erhoben. Die Post steht auf dem Standpunkt, daß sie, wie bei jedem anderen kaufmännisch geleiteten Unternehmen auf rasche Zahlung in barem Gelde dringen müsse.

* **Oldenburg,** 26. Febr. Eine Ankaufskommission der **tschechoslowakischen Regierung** erwarb in Oldenburg 40dreijährige **Hengste.** Vor zwei Jahren kaufte dieselbe Regierung hier 35 Hengste.

* **Krefeld,** 28. Febr. Im Zusammenhang mit seit Jahresfrist hier verbreiteten Gerüchten über **Unregelmäßigkeiten** bei einem von dem hiesigen Reichsvermögensamt hergestellten **Reichsneubau** wurden **sieben Personen in das Gerichtsgefängnis eingeliefert,** darunter Angestellte des Reichsvermögensamtes und des Reichsneubauamtes, unter ihnen ein Verwaltungsinspektor und ein **Regierungsrat.** Ferner befinden sich noch **einige Unternehmer in Untersuchungshaft,** denen zum Schaden der **Reichskasse große unberechtigte Gewinne** zugeflossen sein sollen. **Die Sache dürfte noch weitere Kreise ziehen.**

Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft.

Spiel: Netphen—Olpe.

Am vergangenen Sonntag standen sich Netphen und Olpe in Siegen zum Meisterschaftsspiel gegenüber. Einhalbvier Uhr pfiff der Schiedsrichter das Spiel an. Netphen hat Anstoß, verliert den Ball an Olpe. Olpe geht in guter Kombination durch und kann gleich zu einem Tor gelangen. Nach Wiederanstoß verteiltes Spiel, bis Halbzeit kann Olpe noch einmal erfolgreich sein. Nach Halbzeit drängte Olpe gleich wieder auf das gegnerische Tor und konnte noch ein Tor hinzufügen. Das Spiel endete mit dem Ergebnis 3:0 für Olpe. Olper Mannschaft in neuer Aufstellung zeigte durch dieses Spiel, daß sie ein ernstgenommener Gegner ist. Aus der Mannschaft einen hervorzuheben wäre nicht möglich, da jeder einzelne seine ganze Kraft einsetzte.

Wintersport in Winterberg.

WTB Winterbrg. 28. Febr. Den Sportfreunden und Besuchern Winterbergs konnte am letzten Sonntag ein besonderes Schauspiel geboten werden. Wurden doch zum ersten Mal seit langen Jahren dem Sportpublikum wieder **Sprünge auf der großen Sprungschanze** im Rauchloch vorgeführt. Unter Leitung von Herrn Hesselberg-Berndsen (Norwegen), jetzt in Dortmund, stellten sich 14 Winterberger Springer an der Sprungschanze ein. Die ausgeführten Sprünge bis zu 28 Metern ließen erkennen, daß Winterberg über ganz hervorragende Kräfte verfügt. Von berufener Seite wurde auch erklärt, daß die Haltungen zum großen Teil mustergültig waren. Daß sich auch späterhin einige jüngere Leute aus Neuastenberg mit sehr gutem Erfolg an den Sprüngen beteiligten, wurde von Winterberger Seite besonders begrüßt. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß sich sogar zwei Winterberger Schüler an dem Springen beteiligten, und zwar: Walter Sögtrop, 11 Jahre, und Eugen Leise, 13 Jahre. Ersterer erreichte eine Weite von 15 Metern, letzterer sogar eine solche von 19 Metern. Die Beifallskundgebungen der fremden Gäste zeigten, welches Interesse der Veranstaltung der Krone des Skisports entgegengebracht wurde. Jedenfalls wird bis zum nächsten Jahre in Winterberg eine weitere Sprungschanze gebaut, welche den auswärtigen Sportlern Gelegenheit geben soll, den Uebergang zum Springen auf der Rauchloch-Schanze zu finden, da dieser bis jetzt wohl zu schwer war. Am kommenden Sonntag finden voraussichtlich Bobrennen statt, nachmittags eine Fuchsjagd auf Schneeschuhen, wozu sämtliche Sportfreunde eingeladen sind.

Briefkasten.

Nach Olpe. Wenn der junge Mann das Mädchen auf offener Straße mißhandelt hat und mit noch weiteren Mißhandlungen droht, melden Sie die Sache der Polizei. Dann mag dem Jüngling wohl bald sein Mütchen gekühlt werden.

Der belgisch-französische Wirtschaftsvertrag abgelehnt.

Brüssel, 27. Febr. Die Kammer lehnte mit 93 gegen 79 Stimmen den Entwurf eines Wirtschaftsvertrages zwischen Belgien und Frankreich ab. Für die Ratifizierung stimmten nur die Liberalen und die Katholiken, dagegen die Sozialisten und Flamen. Weil die Regierung schon früher die Vertrauensfrage gestellt hatte und ihr damit das Vertrauen entzogen war, erklärte Ministerpräsident Theunis gleich nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses noch in der Kammer unter ungeheurem Beifall seiner Gegner, daß er sich sofort zum König begeben würde, um die Demission des Kabinetts anzubieten.

Die Lage in Belgien ist aus innerpolitischen Gründen augenblicklich derartig ungeklärt, daß man keinesfalls voraussagen kann, wer mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. In Pariser politischen Kreisen rechnet man nicht mehr mit einem neuen Kabinett Theunis. Man glaubt, daß kaum ein anderer Ausweg übrig bleiben wird als die

Ausschreibung von Neuwahlen.

In Paris wird von offiziöser Stelle darauf hingewiesen, daß durch diesen Rücktritt der Regierung Theunis-Jaspar kein Wechsel in der französisch-belgischen Außenpolitik gegenüber Deutschland eintreten würde.

Die französische Presse zum Sturze des belgischen Kabinetts.

WTB Paris, 29. Febr. (Drahtbericht.) Der Sturz des Kabinetts Theunis wird von der französischen Presse besonders deshalb bedauert, weil er in dem Augenblick erfolgte, in dem die Sachverständigen im Begriffe sind, ihre Feststellungen auszuarbeiten. Der Matin jedoch glaubt, daß dadurch Frankreich im Wiederherstellungsausschuß keinen Schaden erleiden könne. Das Blatt äußert im übrigen, die Sozialisten hätten von Anfang an gegen die Besetzung des Ruhrgebietes Einspruch erhoben.

Davon der Velde der Führer der Oppositionspartei sei, so müsse er auch zur Neubildung des Kabinetts berufen werden. Van der Velde werde jedoch vorziehen, an das Land zu appellieren, da er auf Grund einer Wahlkampagne eine Mehrheit zu finden gedenke.

Oeuvre erklärt, die belgische Regierung habe keinen Hehl daraus gemacht, daß sie es satt habe, sich der Politik Poincares anzuschließen und im Ruhrgebiet Ergebnissen nachzujagen, die nicht erreicht werden könnten.

Die interalliierte Militärkontrolle über Deutschland

Eine neue Note verlangt die Wiederaufnahme

Die Botschafterkonferenz, die unter dem Vorsitz von Cambon in Paris tagte, befaßte sich mit der Frage der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland. Es wurde über den englischen Plan Macdonalds ausführlich beraten, schließlich aber dieser Plan nochmals an die Interalliierte Militärkommission, die unter dem Vorsitz von Marschall Foch in Versailles tagt, zurückverwiesen. Die Botschafterkonferenz beschloß darauf, eine neue Note an Deutschland zu richten, in der die Wiederaufnahme der Militärkontrolle verlangt wird. Diese Note stellt eine Antwort auf die letzte deutsche Note vom 5. Januar dar.

Die Instruktionen des englischen Botschafters

WTB Paris, 28. Febr. Ueber die Instruktionen, die der englische Botschafter in der Frage der Militärkontrolle erhalten hat, schreibt das Echo de Paris, die englische Regierung erkläre, die Stunde sei gekommen, in Deutschland Inventur aufzunehmen. Es müsse Rücksicht genommen werden auf den Bestand der Reichswehr, auf die Ausrüstungen und die Fabriken, die sich mit der Herstellung von Munition und Kriegsmaterial beschäftigen. Die englische Regierung spreche sich nicht klar über die unangemeldeten Kontrollgänge aus. Es sei aber zu hoffen, daß ein Programm von der interalliierten Militärkontrollkommission ausgearbeitet werde. Diese Art der Kontrolle werde auf keinerlei ernste Einwände stoßen. England verheimliche nicht seine Absicht, die Auflösung der Interalliierten Militärkommission zu verlangen und sie durch ein Garantiekomitee zu ersetzen, wie es 1921 für die Luftschiffahrt angenommen worden sei. Dieser Garantieausschuß selbst solle nach einer gewissen Zeit durch den Völkerbund ersetzt werden, wie es Artikel 213 des Versailler Vertrags vorsehe.

Echo de Paris wendet sich gegen diesen Garantieausschuß, da nach Ansicht des Blattes der Ausschuß für die Luftschiffahrt nur zu unsicheren Ergebnissen geführt habe.

Die Arbeit der Sachverständigen.

WTB Paris, 27. Febr. Das Komitee Dawes berichtete heute vormittag weiter über die Schlußfolgerungen seines Unterausschusses über Budgetfragen. Morgen vormittag findet die bereits angekündigte Besprechung des Komitees mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, über die Sanierung Oesterreichs statt. Der Bericht darüber wird heute nachmittag den Sachverständigen überreicht. Am Freitag wird das Komitee Dawes die Monopolsachverständigen hören. Der Bankunterausschuß verhandelte ebenfalls heute vormittag.

WTB Paris, 27. Febr. Der Unterausschuß für Bankfragen des Komitees Dawes hat die Prüfung der Berichte der Sachverständigen fortgesetzt. Die Mitglieder des Ausschusses für Budgetfragen sind nicht zusammengetreten. Sie haben jeder für sich die letzten von Berlin eingegangenen Berichte geprüft.

Schupobeamte als Schmuggler.

WTB Beuthen, 27. Febr. In dem neuen Schmugglerprozeß, in dem 10 Schupobeamte verwickelt sind, wurde heute das Urteil gefällt. Es wurden Freiheitsstrafen von 3 Monaten bis zu 3 Jahren verhängt. Den verurteilten Beamten wurde eine Bewährungsfrist bis Ende 1926 gewährt, doch müssen sie mit Ausnahme eines einzigen je 3 Monate Untersuchungshaft abbüßen.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion Dr. Krauß in Berlin-Schönebera.

Krieger-Verein Olpe.

Sonntag, den 2 März ab nachm. 4½ Uhr im Gasthaus „zum Schwanen"

Familien-Feier

zu dem die Mitglieder mit ihren Angehörigen sowie die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eingeladen werden.

Festredner: Major Ernst — Attendorn. Konzert, ausgeführt durch die Feuerwehrkapelle Olpe. — Theatervorstellung usw.

Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Christl. Metallarbeiterverband Deutschlands.

Am Sonntag, dem 2. März, morgens 9¾ Uhr im kath. Vereinshause wichtige

Verwaltungsstellenkonferenz.

Außer den Vorständen, Betriebsräten und Vertrauensleuten sind auch die Mitglieder freundlichst eingeladen.

(†)571) Die Verwaltungsstelle Olpe

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Krankheit sowie beim Tode meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, und für die vielen schönen Kranzspenden sprechen wir allen, besonders den Mütterverein unsern

tiefgefühlten Dank

aus.

Olpe, den 29. Febr. 1924. (†)57(

Familie Joh. Gastreich.

Kaiserhof-Lichtspiele Olpe.

Diese Woche finden keine Vorführungen statt.

Künstliche Haararbeiten

wie Uhrketten, Broschen, Blumen, Flechten 2c. erhält man in bester Ausführung bei

Gebr. Clemens, Olpe, Martinstraße 18.

Die Ideal-Schreibmaschine wird infolge ihres leichten Anschlages und ihrer Dauerhaftigkeit überall bevorzugt.

Generalvertreter für den Kreis Olpe Gottfr. Marx, Olpe.

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ⌀ dauernd gegen Kasse zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hauses, Holzgeschäft, Rüsperwerk b. Oberhundem i. W.

Gleichstrom-Dynamo,

gebraucht 1070 Touren S. S. W. 4 polig 4 P. S. 110 Volt mit Anlasser, Volt und Amper-Meter, preiswert zu verkaufen. (†)563)

Adam Boß, Olpe. Telephon 235.

Künstler-Monographien

kaufen Sie in der

Ruegenberg'schen Buchhandlung, Olpe, Bahnhofstraße.

Prima Solinger Stahlwaren.

Spezialität:

Rasiermesser Rasierutensilien
Haarschneidemaschinen
Haarschneidescheren
Schneiderscheren
:: Taschenmesser ::

Annahme sämtlicher Schleifartikel unter Garantie für tadellosen Schnitt

Gebrüder Clemens, Olpe

Martinstraße 18. (w121)

Kaufe laufend

Grubenhölzer

aller Dimensionen oder dazu passende

Waldbestände.

Hab. Reuter

Lichtringhausen-Attendorn

(t95) — Fernruf 181 —

Kontoristin

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Flottes Maschinenschreiben und Stenographieren Bedingung.

Metallwerke,

(†)560) Attendorn.

Wir suchen noch an mehreren Plätzen geeignete (†)557)

Vertreter

und erbitten Meldungen

Konzern „Vaterländische" in Elberfeld. Gen.-Agtr. Dortmund, Kronprinzenstr. 22.

Maßschäfte

werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.

Heinr. Reperich, Schäftemacherei, Olpe, Winterbergstr. 53.

Verkaufe Freitag und Samstag eintreffend:

20 Tonnen gewaschene Anthrazit (Nuß II) zu 2,80 je Centner,
20 Tonnen Nußkohlen II zu 2,10 Mk.
20 Tonnen gesiebte Stückkohlen zu 1,90 Mk.,

und gebe solche fuhren- und centnerweise ab.

Johann Schröder, Holz- und Kohlenhandlung.

(†)566) Olpe, Marienstr. 44. Fernruf 144.

Ernst Giebeler

SIEGEN

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte An- und Verkauf von Wertpapieren

Kulante Verzinsung von Papier- und Rentenmark-Einlagen

Errichtung laufender Rechnungen Verwaltung und Aufbewahrung von Effekten in eigenen Stahlkammern w57

Beratung und Auskünfte kostenlos

Telefon Nr. 80, 1802, 18 8 und 18 4. Telegr.-Adr. Bergwerke

F. A. Aßmann, Bonzel

b. Grevenbrück,

empfiehlt

Garten-, Gemüse-, Blumensamen, Bohnen, Erbsen

in reicher Auswahl

Pflanzzwiebeln, Vogelfutter

zu Friedenspreisen mit Ausnahme Stangen u. Krupbohnen, (weil Missernte) erhöhte Preise. Persönliche Einkäufe angenehm. Aufträge werden sofort u. zu jeder Tageszeit ausgeführt. (†)427)

Eisenwalzwerk sucht zum sofortigen Eintritt gewandten, zuverlässigen

Buchhalter,

bilanz- und abschlußsicher.

Schriftl. Angebote unter Nr. †)562 an die Geschäftsst. dss. Bls.

Fertige Betten!

Altbekannte beste Qualität!

Bettbarchent,

echt türkisch rot, gar federsdicht.

Füllkräftige

Federn u. Daunen,

Bettdamast, Bettsamosen, Matratzendrell.

Reiche Auswahl in

Gardinen.

Sämtl. Artikel nur gute und solide Ware zu äußerst günstigen Preisen.

Muster. Bedienung.

Jos. Junker, Olpe Westf. Str. 42—44. Fernspr. 204.

Suche zum sofortigen Eintritt einen nicht zu jungen erfahrenen

Herrn,

der den Ein- und Verkauf sowie den Innen- und Außendienst selbständig leiten kann.

Johann Schröder, Holz- u. Kohlenhandlung Olpe, Marienstr. 44. Fernruf 144. (†)567

Abonnements-Einladung auf die Armen Seelen Monatsschrift

„Armen Seelen-Glöcklein"

Jährlich portofrei zugesandt 1,70 Goldmark. Jahrgang 1922 frei 1,50 Goldmark.

Das Wiener Kathol. Sonntagsblatt „Sonntags-Glocke" schrieb in Nr. 47 über unser Blatt: „Eine gut empfehlenswerte Monatsschrift" Um zahlreich. Bestellungen bittet Redakteur und Verlg. Egendorfer in Steinbruck, Post Raubling, Oberbay.

Thomasmehl, Kalidüngesalz u. Kainit

billigst vorrätig.

Josef Ehrenberg, Gerlingen.

Gebrauchte

Schreibmaschinen

verschiedener Systeme preiswert abzugeben.

Louis Hees, Siegen Ruf 273.

Kath. Kirchenchor.

Heute fällt die Gesangstunde aus. (†)568

TRANSMISSIONEN

Stieb-, Hänge-, Wandlager-, Wellen- Riemenscheiben in Holz und Eisen

WEBERWERKE SIEGEN,

Post Weidenau 19 Sieg w117

Fernruf 202, 204, 205.

Turn-Verein :-: Olpe

Turnstunden:

Turnerinnen: Dienstags 8¼ — 10 Uhr
Turner: Freitags 8¼ — 10 Uhr
Zöglinge: Mittwochs 8¼ — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.